

Das Schweizerische Referendum zum Minarettverbot - Gedanken über einen Volksentscheid und seine möglichen Folgen

Elsayed Elshahed – Wiener Institut für Interkulturelle Islamforschung (INTIS)

An dem am 30. Nov. in der Schweiz abgehaltenen Referendum über das Bauverbot von Minaretten nahm über die Hälfte der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer teil. Über die Hälfte von ihnen stimmte mit „Ja“. Demnach könnten wir rein rechnerisch davon ausgehen, dass sich gut ein Viertel der gesamten schweizerischen Bevölkerung keine Minarette in ihrer unmittelbaren Nähe wünscht. Man könnte davon ausgehen, dass diejenigen Stimmberechtigten, die eindeutig für dieses Verbot sind, sich aktiv an dieser Abstimmung beteiligt haben. Diejenigen aber, die ihre Stimmen nicht abgegeben haben, könnten entweder diese Abstimmung aus Protest boykottiert haben oder ihnen war der Ausgang gleichgültig. Als ein Stimmungsbarometer für die gesamte schweizerische Bevölkerung war die meines Erachtens nicht. Kritische Stimmen und Demonstrationen mit überwiegender Beteiligung junger Schweizerinnen und Schweizer bestärken diese Annahme.

Ein erheblicher Teil des schweizerischen Volks hat durch dieses Referendum von einem seiner demokratischen Rechte formalrechtlich Gebrauch gemacht. Dagegen ist, abgesehen davon, ob diese Entscheidung für die schweizerische Bevölkerung langfristig gesehen richtig war oder nicht, in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft nichts einzuwenden. Von besonderer Bedeutung ist jedoch einige Medieninformationen, nach denen das Wahlergebnis in Städten mit hoher muslimischer Einwohnerzahl, z. B. in Basel, gegen das Minarettverbot votiert haben (s. die Fernsehsendung „Im Zentrum“ am So. 06. 12. 09). Dies könnte sowohl auf hohe Wahlbeteiligung muslimischer Stimmberechtigter aber auch ebenso gut auf positive Erfahrungen seitens schweizerischer Wähler mit Muslimen in diesen Städten zurückgeführt werden.

Glücklicher- und gleichzeitig unglücklicherweise ist dieses Referendum gegen den Willen einer demokratisch gewählten Regierung und eines demokratisch gewählten Parlamentes zustande gekommen. Dies bedeutet, dass die größten schweizerischen Staatsorgane und ebenso knapp die Hälfte der aktiven Wähler gegen das Minarettverbot sind und ihnen dieses Votum nicht anzulasten ist.

Auch manche Presse-Stimmen haben im Vorfeld versucht, die Bevölkerung über die Tragweite eines solchen Votums objektiv aufzuklären. In vielen europäischen Ländern beurteilten Politiker und Massenmedien den Ausgang dieses Referendums sehr kritisch. Eine pauschale Verurteilung der Europäer bzw. der gesamten schweizerischen Bevölkerung und Massenmedien wäre daher ungerechtfertigt und kontraproduktiv.

Die Bedeutung dieses Verbotsvotums liegt nicht ausschließlich in dem religiösen Stellenwert oder der Symbolik des Minaretts in einer Moschee oder gar für die Gefühle der muslimischen Minderheiten in der Schweiz, sondern vielmehr in der Wiederbelebung einer alt-neuen folgenreichen Entwicklung, die dadurch auch im historischen Gedächtnis der Muslimen zutage tritt. Mit anderen Worten: Dieses klare Votum gegen ein religiös-islamisches Symbol stellt ein klares Zeichen für den wachsenden Antisemitismus in Europa dar, welche die große Politik in den nächsten Jahrzehnten negativ beeinflussen wird. Insbesondere die konservativen Parteien stehen unmittelbar vor der Gefahr eines großen Rechtsrutsches. Auch große Volksparteien orientieren sich tendenziös nach Wählerstimmen, die u. a. durch rechtspopulistische antiislamische Propaganda und verklärende mediale Berichterstattungen manipuliert und für eigene Ziele mobilisiert werden können.

Jede emotionale unreflektierte Reaktion seitens der Muslime, wie auch jeder verfrühte Siegeseifer seitens der rechtspopulistischen Institutionen sind in diesem Diskurs destruktiv, ja sogar gefährlich, da sie zu einer Eskalation der Lage mit unabsehbaren Folgen führen könnten. Stattdessen sollten sich alle Beteiligten um Schadensbegrenzung bemühen bevor dieses schweizerische Model Schule macht. Auf der einen Seite haben die rechtspopulistischen Parteien in Europa, allen voran Holland und Österreich, ihre Freude und das Gefühl der Selbstbestätigung öffentlich gezeigt. Unverkennbar ist auf der anderen Seite ebenfalls die Enttäuschung der Muslime in Europa sowie in den mehrheitlich islamischen Ländern. Auch wenn diese bis jetzt zurückhaltend reagiert haben. Sie haben aus den Ereignissen und Erfahrungen aus den dänischen Karikaturen gelernt und wollen ihren Gegnern keine Angriffsfläche bieten. Diese zurückhaltende Reaktion der Muslime als Schwäche oder Ratlosigkeit zu interpretieren, wäre sehr kurzsichtig.

Die Kurzsichtigkeit einer rechtspopulistischen Politik offenbart sich u. a. in der Verkennung der Tatsache, dass Muslime über ein großes und wirksames politisches und wirtschaftliches Potential in- und außerhalb Europa verfügen, das sie heute noch effektiver als in den siebziger Jahren während der Ölkrise für ihre Interessen einsetzen könnten. Nun stellt Öl heute nicht mehr das einzige Druckpotential dar. Wirtschaftliche bzw. finanzielle Investitionen sowie Importboykott haben sich in den letzten Jahren ebenso gut als ein wirksames Mittel bewährt. Muslime sind sich bewusst, dass dieses Referendum nicht die letzte derartige und für sie negativen Entwicklung ist, sondern sie stellt vielmehr den Anfang einer langen Verbotskette und Einschränkungmaßnahmen dar, die auf die Muslime in Europa in den nächsten Jahrzehnten zukommen wird. Andere Minderheiten dürfen sich angesichts dieser Entwicklung nicht sicher fühlen, denn Minderheiten gleichwohl welche Art sie immer sind, waren schon immer und sind heute und werden morgen der Gegenstand eines Feindbildes, auf welches Mehrheiten ihre Sorgen projizieren. Beide Seiten sind Opfer eines Opferwahns. Denn sowohl die Minderheit als auch die Mehrheit fühlen sich durch die Existenz des anderen in ihrer eigenen Existenz bedroht. Eine gesunde Basis für ein friedliches Zusammenleben in einer interkulturellen Gesellschaft ist dies allemal nicht.

Nach dem Kopftuchverbot in öffentlichen Institutionen in einigen Bundesländern Deutschlands und in Frankreich befürchten Muslime weitere Verbote bzw. Einschränkungen ihrer Rechte auf religiöse Freiheit bis hin zum Bauverbot von Gebetshäusern und ähnlichem. Apartheid und Diskriminierung von religiösen Minderheiten wären die schleichenden Folgen der derzeit ansteigende Islamophobie in Europa, welche wiederum eine bereits vorhandene antiwestliche Tendenz im arabisch-islamischen Raum einen weiteren Vorschub leistet. Der klare Gewinner ist am Ende der Radikalismus in beiden Kulturkreisen. Würden wir also eine derartige Entscheidung von der Schweiz klein reden, steuern wir unweigerlich auf einen Kulturkampf mit unabsehbaren Folgen für alle Beteiligten zu.

Vielleicht steht Europa heute vor einer schicksalhaften Frage, ob es seinen eigenen Werten, wie Menschenrechten, Gleichheit aller Menschen und Religionsfreiheit, unselektiv treu bleiben kann. Wird diese Frage in Europa nicht eindeutig positiv beantwortet, könnten sich antieuropäischen Strömungen in der islamischen Welt nichts Besseres wünschen, um für ihr durch Kreuzzüge und Kolonialismus traumatisiertes Gedächtnis eine klare Bestätigung zu finden. Die Folgen einer solchen Fehlentwicklung wären für beide Seiten und vor allem für die christlichen Minderheiten in manchen mehrheitlich islamischen Ländern unabsehbar. Der israelischen Knesset liegt nun ein Antrag vor, den Gebetsruf der Al-Aqsa-Moschee und in Bethlehem zu verbieten. Weitere Nachahmungen in verschiedenen Ländern, die eine problematische Wahrnehmung bezüglich des Islam haben, stehen noch offen. In Bregenz, laut

einer Pressemeldung, redet die FPÖ seit einigen Tagen von einem Antrag auf ein Minarettverbot in Vorarlberg.

Drei Fakten dürfen in Europa nicht verdrängen. Erstens, dass muslimische Minderheiten in Europa im Gegensatz zu den religiösen und ethnischen Minderheiten im letzten Jahrhundert, über einen erheblichen Rückhalt durch eine anderthalb Milliarden Menschen starke Gemeinschaft vor allem in den islamischen Ländern verfügen, die ihre Glaubensgeschwister in Europa zur Seite stehen werden. Zweitens: Die muslimischen Minderheiten (allein in Westeuropa um die 18 Millionen und in ganz Europa um die 35 Millionen Einwohner) in Europa leisten selbst als Konsument und durch eigene Bankgeldanlagen einen nicht zu verachtenden Beitrag zur gesamten europäischen Volkswirtschaft. Und drittens: sollte das schweizerische Referendum in Europa tatsächlich Schule machen, könnte dies in einigen mehrheitlich islamischen Ländern Nachahmer finden, die ein ähnliches Referendum gegen den Bau von Kirchen bzw. Kirchtürme anbringen. Leidtragen werden dadurch christliche Mitbürger deren Zahl in den meisten islamischen Ländern kaum über die Zahl der muslimischen Minderheiten in Europa steigt. In beiden Fällen machen die religiösen Minderheiten etwa 5% der gesamten Bevölkerungszahl aus.

Müssen sich die muslimischen Minderheiten in Europa auch als Staatsbürger, wie kürzlich in einer Pressemeldung zu lesen war, tatsächlich damit abfinden, entweder Bürger zweiter Klasse zu sein oder auszuwandern?

Bis vor kurzem hörte man in Europa ständig den Vorwurf, Muslime seien ein Opfer einer vermeintlichen Verschwörungstheorie, sie betrachten sich immer mehr als Opfer, wie dies kürzlich in einem Zeitungsartikel zu lesen war. Dieser Vorwurf könnte in der Tat für einige Personen oder muslimische Gruppierungen zutreffend sein, aber ihn auf Muslime im Allgemeinen zu pauschalisieren und dies unermüdlich immer wieder als bedeutende Erkenntnis zu erbringen, ist mehr als fragwürdig.

Die Frage die man heute auf Grund der wachsenden Islamophobie doch stellen muss ist dies, ob Europa selbst nicht dasjenige ist, das sich heute als Opfer einer Verschwörungstheorie durch den Islam betrachtet bzw. sich denselben Vorwurf gefallen lassen muss. Muslime in Europa sind nicht mehr nur Gastarbeiter und Putzfrauen. Aus vielen Gastarbeitern sind Geistarbeiter und aus vielen Putzfrauen sind Powerfrauen entstanden. Vielleicht stellt diese unerwartete Entwicklung einige Europäer vor einer ernsthaften kulturellen Herausforderung, auf die sie nicht vorbereitet war und vielleicht noch ist.

Islamophobie in Europa und Westphobie in islamischen Ländern sind die Folgen eines im Bevölkerungsbewusstsein wachsenden beiderseitigen Misstrauen, das auf einer ungenügend objektiven Aufarbeitung der jeweiligen Kulturgeschichte beruht. Parallelitäten zwischen dem, wie Islamophoben heute mit Muslimen und allem, was islamisch sein könnte umgehen und dem, wie antisemitistische Faschisten im letzten Jahrhundert mit religiösen und ethnischen Minderheiten umgingen sind unübersehbar. Diese Parallelitäten werden aus wohl bekannten Gründen verdrängt und geistarm ausgedet.

Wirtschaftlicher und finanzieller Boykott als Druckmittel hat ausschließlich eine vorübergehende Wirkung und eignet sich nicht als effektives Mittel, um hintergründig kulturelle oder religiöse Entscheidungen nachhaltig zu verhindern bzw. zu erzwingen. Nach neuerlichen Zeitungsberichten gehen 7% des gesamten schweizerischen Exports in mehrheitlich islamische Länder. Der Anteil der muslimischen Touristen im schweizerischen Touristensektor beträgt 5%. Schwer zu schätzen ist der erhebliche Anteil des muslimischen

Kapitals in den schweizerischen Banken. Boykottandrohungen (s. Presse, 3. 12. 09, S. 5) gehen bereits durch islamischen Medien. Eine mögliche Verschiebung dieses Kapitals oder künftige Investitionen in ein anderes Land würde die schweizerische Wirtschaft empfindlich treffen. Ähnliche Boykottaufrufe gegen dänische Produkte haben im Frühjahr 2006 politische Wirkung gezeigt. Damals musste sich der rechtspopulistische Premierminister Rasmussen unter wirtschaftlichem Druck und nicht zuletzt durch die Kritik einiger europäischer Intellektueller für die Muhammad-Karikaturen umschweifend entschuldigen, was unter diesen Umständen einem intellektuellen und politischen Armutszeugnis gleichkommt.

Diskriminierung von Minderheiten hin, wirtschaftliche Erpressungen her, verschwörerisches Verhalten hier und dort! Der Ausgang des schweizerischen Referendums, ohne es zu verteufeln oder zu bejubeln, führt uns unsere defizitäre Bildungspolitik, Aufklärungsarbeit und Integrationsverständnis unverschleiert vor Augen, die kulturelles bis hin zu militärischem Konfliktpotential verbergen könnte. Muslime müssen endlich die Angst mancher Europäer vor kultureller Entfremdung ernst nehmen und nachvollziehen, da sich Muslime mit ähnlicher Vehemenz gegen kulturelle Entfremdung während und nach der Kolonialzeit mit allen Mitteln gewehrt haben. Europäer müssen auch ihrerseits die Sorgen der Muslime um ihre religiöse Freiheit, ihre Sehnsucht nach religiöser Gleichberechtigung und ihre Ängste vor Assimilation ebenso gut ernst nehmen und nachvollziehen.

Nur durch bewusste und niveauvolle selbstkritische Wahrnehmung und Aufarbeitung der eigenen Wertvorstellungen in einer mehrheitlich nichtmuslimischer Gesellschaft seitens der Muslimen und ebenso bewusste und niveauvolle selbstkritische Wahrnehmung des Islam seitens der europäischen Mehrheitsgesellschaft, die einen unvoreingenommenen Umgang auch mit konstruktiver externer Kritik in einem interkulturellen offenen Geist impliziert, könnten wir uns und den nächsten Generationen eine bessere und konfliktfreie Welt hinterlassen.

E. Elshahed

Punktuelle Zusammenfassung

I. Im Vorfeld:

- 1. 55% der Stimmberechtigten haben im Referendum teilgenommen.**
- 2. 57% haben für das Minarettverbot votiert.**
- 3. Gut die Hälfte der aktiven Wähler (26-27%) stimmten zu.**

4. Ein Teil der Passivwähler (45% der Stimmberechtigten) sind in der Regel prinzipiell gegen die Durchführung dieses Referendums, dem Rest der Passivwähler ist Ausgang dieses Referendums gleichgültig.
5. Kritische Stimmen und Demonstrationen gegen dieses Votum waren und sind noch zu vermelden.
6. Die Regierung und die parlamentarische Mehrheit waren gegen die Durchführung dieses Referendums.
7. Formalrechtlich gesehen ist gegen dieses Votum nichts einzuwenden.
8. In Städten mit hoher Zahl an Muslimen, wie u. a. Basel, war das Wahlergebnis anders (gegen das Verbot, s. „Im Zentrum, 6. 12. 09)??!
9. Grund dafür könnte sowohl positive Erfahrungen mit Muslimen als auch eine hohe Zahl von Gegenstimmen der muslimischen Wahlberechtigten sein.
10. Auch außerhalb der Schweiz gibt es relativ viele intellektuelle und politische Stimmen, die dieses Votum nicht gutheißen (u. a. der deutsche Altbundeskanzler, Gerhard Schroeder (s. „Die Zeit“, 51, 2009“).
11. Weder verteufeln noch bejubeln noch die schweizerische Bevölkerung für dieses Votum pauschal verurteilen.
12. Emotionalisierung der Gemüter und ihre Folgen, ein Schuss, der nach Hinten auch losgehen kann (Radikalisierung der Fronten)

II. Worum geht es eigentlich:

1. Was signalisiert dieses Votum in Europa und in der islamischen Welt?
2. Veränderte Wirklichkeit und unveränderte Wahrnehmung in Europa
3. Historische Parallelitäten: Mittelalterliche und neugeschichtliche Assoziationen (Kreuzzüge, Inquisition und Judenverfolgung)
4. Minderheiten mit starkem Rückhalt, die positiven Seiten der gegenwärtigen Vertrauenskrise
5. Die noch verheerenden Folgen des gegenwärtigen Rechtspopulismus in- und außerhalb Europa
6. Kampf der Unkulturen, der immer mehr an Boden gewinnt
7. Ein paradoxes Interkulturalitätsverständnis und seine Folgen für christliche Minderheiten in mehrheitlich islamischen Gesellschaften
8. Ein Symbol als Identitätsfaktor (Kirchentürme und Minarette)
9. Vorfall der evangelischen Kirche bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts (Turmverbot)
10. Auf den Karikaturstreit zurückzugreifen
11. Instrumentalisierung des wirtschaftlichen Aspektes und seine kurzfristige Wirkung (Muslime als Konsumenten und Investoren in Europa)
12. Radikalismus ist der wahre Gewinner und die Zivilisation ist der wahre Verlierer.

III. Was tun?

1. Eine doppelte Herausforderung für Muslime in- und außerhalb Europas
2. Aufgabe der muslimischen Intellektuellen
3. Aufgabe der europäischen Intellektuellen
4. Weder Selbstpeitschung noch Selbstverherrlichung
5. Massenmedien und ihre prinzipiell aufklärende Aufgabe zwischen Recht und Pflicht bzw. zwischen uneingeschränkter Meinungsfreiheit und entsprechender Verantwortung

6. Europa darf seine Vorbildrolle für undemokratische Gesellschaften nicht verlieren und menschenrechtsmissachtenden Staaten den Rücken stärken
7. Muslime sind aufgefordert, bewusste und selbstkritische Wahrnehmung des anderen sowie eine objektive Aufarbeitung der eigenen Wertvorstellungen vorzunehmen
8. Europäer sind aufgefordert, ebenso bewusste und selbstkritische Betrachtung der eigenen Wertvorstellungen sowie unvoreingenommene Wahrnehmung des Islam als ein Bestandteil der europäischen interkulturellen Gesellschaft zu betrachten
9. Reform der Schulbücherinhalte und Aufklärungsprogramme für die Erwachsenen, die gegenseitiges Misstrauen und Vorurteile abbauen oder wenigstens dazu beiträgt.
10. Politik muss sich mehr nach Prinzipien als nach Wahlprognosen und Populisten orientieren
11. Der interkultureller Dialog und Forschung muss stärker als bis jetzt der Fall ist, gefördert werden
12. Effektive und praktikable Integrationskonzepte müssen jenseits von Assimilationsversuchen entwickelt werden
13. Vom Kindergarten an bis zur Universität muss der Respekt vor dem anderen in seinem Anderssein als ein hohes Gebot vermittelt werden
14. Vielfalt ist Kultur und Narzissmus ist Unkultur

Institut für Interkulturelle Islamforschung (INTIS)

- Islamisches Zentrum in Wien

معهد البحوث الإسلامية للدراسات الثقافية - المركز الإسلامي بفيينا

Am Bruckhaufen 3, AT. 1210 Wien, Tel./Fax.

+4319422008; +4369912258595, Email: intis@islamiccentre.at

Institutsleitung: Univ.-Prof. Dr. Elsayed Elshahed



Einladung

Wir laden Sie herzlich ein zu unserem nächsten Diskussionsabend, den wir vom (INTIS) in Kooperation mit dem Islamischen Koordinationsrat in Österreich (ISKORAT) veranstalten.

Thema

Das schweizerische Referendum zum Minarettverbot - ein Volksentscheid und seine möglichen Folgen

Einführung

Univ.-Prof. Dr. Elsayed Elshahed

Leiter des Instituts für Interkulturelle Islamforschung Wien

1. Referat

Univ.-Prof. Dr. Johann Figl

Katholische Theologie der Universität Wien

2. Referat

Em. Univ. Prof. Dr. Michael Mitterauer

Sozialwissenschaften der Universität Wien

Wann? Freitag 18. Dez. 2009, 18.00 – 21.00 Uhr

**Wo? In der Bibliothek des Islamischen Zentrums Wien Am Bruckhaufen 3,
1210 Wien**

Programm:

- **18.00 Uhr: Begrüßung und Einführung; eine islamische Perspektive**
- **18.30 Uhr: 1. Referat von Univ.-Prof. Dr. Johann Figl; eine christliche Perspektive**
- **19.00 Uhr: 2. Referat von Univ.-Prof. Dr. Michael Mitterauer; eine soziopolitische Perspektive**
- **19.30 Uhr: Plenardiskussion**
- **Orientalische Süßigkeiten mit Kaffee, Tee und kalten Getränken**